

Der



informiert

## **Ortsbeirat am 07.11.2019 - Informationen zu möglicher Umstellung auf wiederkehrende Beiträge in Pfalzel**

Nachdem der TV in der Ausgabe vom 30.10.2019 über die Aufnahme der Eltzstraße in das Schwarzbuch des Bundes der Steuerzahler berichtete, überschlugen sich die Ereignisse. Urplötzlich war davon die Rede, man könne die Abrechnungsmethode umstellen auf wiederkehrende Beiträge. Und für den 07.11.2019 wurde aus dem Stand heraus eine Ortsbeiratssitzung anberaumt, auf der das Baudezernat und Herr Rechtsanwalt Dr. Thielmann zu diesem Thema informieren sollten.

Über diese Sitzung berichtete der TV am 09.11.2019 (siehe Presse-Echo). Wir wurden dort ohne nähere Beschreibung als Sprecher derjenigen bezeichnet, die sich gegen eine breite Verteilung der Lasten aussprechen. Unsere Stellungnahme hierzu hat der TV nicht veröffentlicht. Inzwischen ist sie auf [lokal.de](http://lokal.de) nachzulesen:

<http://lokal.de/artikel/183495/eine-frage-der-solidaritaet-showdown-im-ortsbeirat-trier-pfalzel11/#comment-89383>

Stellungnahme zum Thema "Eltzstraße - Umstellung auf wiederkehrende Beiträge"  
Ortsbeirat am 07.11.2019

Ich werde im TV mit dem Hinweis zitiert, dass ich mich in der Diskussion am 07.11.2019 zum Sprecher derjenigen gemacht habe, die gegen eine breite Verteilung der Lasten zum Straßenausbau sind. Dies bedarf einiger Erläuterungen. Gleich zu Beginn meiner Anmerkungen habe ich in daran erinnert, weshalb dieser Termin überhaupt zustande gekommen ist. Den ganzen Abend ist der Eindruck erweckt worden, dass die Eltzstraße eine von hunderten weiteren im Lande ist, bei der halt hohe Anliegerbeiträge anfallen.

Sehr zum Missfallen des Referenten Dr. Thielmann verwies ich darauf, dass die Eltzstraße ein extremer Einzelfall ist. Ein Fall, bei dem für Fehler der Verwaltung in der Vergangenheit heute die betroffenen Bürger zur Kasse gebeten werden. Genau dies hat dazu geführt, dass der Bund der Steuerzahler den Vorgang in sein Schwarzbuch aufgenommen hat. Und das hat auch uns, den Bürgerverein Pfalzel, veranlasst, sofort nach Aufkommen der Diskussion den Anliegern unsere ungeteilte Solidarität zukommen zu lassen.

Unsere Internetseite spiegelt wider, was wir alles zur Aufklärung der Sachverhalte, oft gegen den Widerstand des Baudezernates, unternommen haben. In einem halben Jahr der Auseinandersetzung haben wir kein einziges Mal davon gehört, dass eine Umstellung auf wiederkehrende Beiträge eine Lösung sein könnte. Dies am dem Tage bekannt zu machen, als der Bund der Steuerzahler sein Schwarzbuch veröffentlicht, entbehrt nicht einer gewissen

Ironie. Und wenn Herr Hortian in bemerkenswerter Offenheit berichtet, man habe von Beginn an mit der Verwaltung über die jetzige Abrechnungsvariante verhandelt - hinter verschlossenen Türen, versteht sich - ist das nicht unsere Vorstellung von einer vertrauensvollen Zusammenarbeit im Ort. Uns ließ man derweil die mühsame Kleinarbeit erledigen.

Die Umstellung ist in keiner Weise eine Lösung des Konflikts. Dass sie für die betroffenen Anlieger optimal ist, bedarf ja keiner Frage. In erster Linie löst sie jedoch die Probleme des Herrn Baudezernenten. Mehr noch, bei einem dann zu erwartenden Aufteilungsschlüssel von 30 % Stadt und 70 % Pfälzel fließen gut 400.000 € mehr in die Stadtkasse. Zu Lasten Pfälzeler Bürger.

Solidarität sollte keine Einbahnstraße sein. Zumindest von der Seite der Sprecher für die Anlieger konnte ich diese an dem Abend nicht erkennen. Ob Pfälzeler Grundstücksbesitzer nun infolge einer Umstellung und wegen vorausgegangenen Fehlern eine halbe oder auch eine ganze Million zu viel an die Stadt abführen, scheint nicht mehr von Interesse. Dass Ludwig sehenden Auges diesen Keil in die Bevölkerung treibt, ist höchst bedenklich.

Es war oft von Gerechtigkeit die Rede. Wie gerecht behandelt sollen sich die Anlieger des Mäusheckerweges oder der Straßen in der Ortsauffüllung BP 10, zum Beispiel Sirckstraße, fühlen? Sie waren dann die "letzten Dummen" hier im Ort, da sie zwar nicht mit Begeisterung, aber ohne Murren Summen aufgebracht haben, die auch schon teilweise fünfstellig waren.

Herr Dr. Thielmann hat etliche Kriterien beleuchtet, wo wiederkehrende Beiträge sinnvoll sind oder nicht. Die Umstellung selbst hat er als sehr problembehaftet und fast ausnahmslos mit Prozessen begleitet beschrieben.

Es sollte nicht eine einzelne Baumaßnahme als Auslöser zu solchen Überlegungen dienen. Genau darum geht es hier aber. Die Öffentlichkeit soll unbedingt früh eingebunden werden. Hier wird nicht nur die Bevölkerung, sondern auch noch der Ortsbeirat überrascht. Die Verwaltung setzt Termine. Verwaltungsvorlagen gibt es nicht. Eine Satzung liegt nicht einmal im Entwurf vor. Keine Frage nach der möglichen Belastung der Anlieger kann beantwortet werden. Aussagen zu Zahlen der Betroffenen sind abenteuerlich: Ludwig spricht eingangs von 3.000. Fast jeder Pfälzeler wäre danach Grundstückseigentümer. Vorgetäuscht werden soll damit eine zu vernachlässigende Belastung der zukünftig Betroffenen.

Sehr aufschlussreich die Anmerkung Dr. Thielmanns, man solle die Bevölkerung frühzeitig einbinden, sie aber ja nicht abstimmen lassen. Dann würde die Umstellung nämlich zu 90 % abgelehnt. Mehr ist dazu nicht zu sagen.

Aus dem Publikum heraus ist der künstliche Zeitdruck, den Ludwig hier erzeugt, kritisiert worden. Jahrelang hatte der Ausbau keine Priorität. Diese Entscheidung soll nun in einer Nacht- und Nebel-Aktion noch vor Jahresende durchgepeitscht werden. Warum? Es gibt noch nichts abzurechnen. Und wer noch nicht einmal den Kreis der Betroffenen annähernd beschreiben kann und wer die Zahl der betroffenen Objekte mit den katastermäßig erfassten Flurstücken durcheinander bringt, kann auch gar nicht abrechnen.

Wir sind höchst besorgt, wenn zwei unserer Vertreter im Stadtrat diese Umstellung vorbehaltlos befürworten, die Frage nach überhöhten Kostenabwälzungen aber lieber nicht zur Kenntnis nehmen. Es ist eine Mär, dass man nicht anders abrechnen könne. Der Antrag, den die AfD erneut in die kommende Stadtratsitzung einbringt, ist so gut begründet, dass man sich eher fragt, wie eine Verteilung 50 : 50 überhaupt erst beschlossen werden konnte.

---

Wie auch immer entschieden wird, der Friede im Ort ist nachhaltig gestört. Und Ludwig weiß schon, so oder so wird er mit Klagen eingedeckt. Gemeinsam eine faire, sachgerechte und rechtskonforme Einigung zu suchen, scheint mit ihm nicht möglich.

Hans-Jürgen Wirtz, Bürgerverein Pfalzel

Inzwischen ist die Umstellung in einer weiteren Ortsbeiratssitzung am 13.11.2019 mit der denkbar knappsten Mehrheit von 7 : 6 Stimmen beschlossen worden.

Ein Kommentar dazu wird hier in den nächsten Tagen erscheinen.

---